



BPTK-DIALOG

Prof. Christoph Butterwegge

Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt und zuletzt das Buch „Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona“ veröffentlicht.

„Mehr passgenaue Hilfen für Menschen, die kaum noch über die Runden kommen“

Die gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie haben nicht alle Menschen in Deutschland gleichermaßen getroffen. Für wen waren die Belastungen besonders groß?

Hauptleidtragende, weil überwiegend einkommens- und immunschwach, waren Wohnungs- und Obdachlose, Migrant*innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Suchtkranke, Sexarbeiter*innen, Erwerbslose, Geringverdiener*innen, Kleinstrentner*innen und Transferleistungsbezieher*innen (Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) sowie die Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften, etwa Strafgefangene, Geflüchtete, (süd)osteuropäische Werkvertragsarbeiter*innen der Subunternehmen deutscher Großschlachtereien bzw. Fleischfabriken und Saisonarbeiter*innen.

Aufgrund der massiven Preissteigerung bei den Energiekosten stehen wir unmittelbar vor der nächsten sozialen und ökonomischen Krise. Trifft es die gleichen Menschen erneut besonders hart?

Angesichts des Ukraine-Krieges, der Energiepreiskrise und der Inflation sind über die genannten Bevölkerungsgruppen hinaus inzwischen auch Familien aus der Mittelschicht armutsgefährdet. Rentner*innen wurden in den ersten beiden Entlastungspaketen vernachlässigt und erhalten erst im Dezember 300 Euro als Einmalzahlung, mit der sie vielleicht über den Monat, aber nicht über den Winter kommen. Dabei haben sie einen hohen Bedarf an Heizungsenergie, weil sie viel zu Hause und überdies kälteempfindlicher als junge Menschen sind.

Was muss getan werden, um den Menschen, die jetzt schon in Armut leben oder von Armut bedroht sind, zu helfen?

Anstatt breit streuender Einmalzahlungen nach dem Gießkannenprinzip oder Steuerenkungen, von denen hauptsächlich Besserverdienende profitieren, muss es mehr passgenaue Hilfen für Menschen geben, die kaum noch über die Runden kommen. Hilfen müssten durch Anhebung von Kapital- und Gewinnsteuern finanziert werden, die Menschen zahlen können, denen Preissteigerungen nichts ausmachen, weil sie reich sind. Nötig ist ein in sich schlüssiges und geschlossenes Konzept auf der Grundlage des Robin-Hood-Prinzips: Man sollte durch Umverteilung von oben nach unten dafür sorgen, dass kein Mensch frieren oder auf eine abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung verzichten muss.

Reichen die geplanten sozialpolitischen Maßnahmen aus? Braucht es stärkere soziale Bewegungen, um den Interessen der unteren Einkommensschichten mehr Nachdruck zu verleihen?

Ich frage mich, ob es Sinn macht, mit weiteren Maßnahmen nach dem bekannten Muster, also den Entlastungspaketen IV, V, VI ff., erneut an Symptomen herumzudoktern, weitere soziale Löcher zu stopfen und wieder nur Trostpflaster an Einkommensschwache zu verteilen, ohne die Ursachen der Misere zu beseitigen. Wirtschaftssanktionen, die den Armen im eigenen Land mehr schaden als den Reichen in Russland, gehören auf den Prüfstand. Unternehmen, die hieran bestens verdienen, sollten mit einer Übergewinnsteuer belegt werden. Sozialproteste unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen könnten den Druck auf die etablierten Parteien und die

politisch Verantwortlichen verstärken. Wenn sie von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen organisiert würden, wären sie auch kaum von Rechtsextremisten und Neonazis zu instrumentalisieren.

Sehen Sie Zusammenhänge zwischen den Krisen Pandemie, Klimakrise und nun die sozial-ökonomische Krise infolge des Ukraine-Krieges?

Offenbar ist das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem wir leben, nicht mehr in der Lage, ohne schwere Friktionen, existenzielle Krisen und gesundheitliche Risiken zu funktionieren. Dass sich die Probleme in letzter Zeit häufen, ist höchstwahrscheinlich kein Zufall, sondern wohl eher systembedingt. Deshalb bleiben Sozialschutz- und Entlastungspakete, die in immer kürzerer Abfolge geschnürt werden, letztlich Flickwerk, sofern man nichts an den bestehenden Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnissen und Verteilungsmechanismen ändert.

Wenn es nicht gelingt gegenzusteuern – droht der Gesellschaft dann eine Vertiefung der sozialen und ökonomischen Spaltung? Mit welchen Konsequenzen?

Ja, die sozioökonomische Ungleichheit dürfte wachsen, wodurch der gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet. Damit wächst auch die Gefahr, dass Aggressivität, Drogenabhängigkeit und Kriminalität zunehmen.